

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90

zur Aussprache über die Lage in der Golfregion

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine militärische Intervention gegen den Irak beschwört unendliches Leid für die Menschheit und eine ökologische Katastrophe des Vielfachen von Tschernobyl herauf.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. In jeder geeigneten Weise, bilateral wie im Rahmen der EPZ, auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten einzuwirken, von einer militärischen Intervention in Kuwait oder dem Irak Abstand zu nehmen;
2. sich für den Abbau der amerikanischen Truppenpräsenz einzusetzen und sich für den Aufbau eines der UNO unterstellten internationalen Truppenkontingents einzusetzen;
3. nach wie vor die UNO-Sicherheitsrat-Resolution für die Wiederherstellung Kuwaits und für eine konsequente und international verbindliche Boykott-Politik gegen den Irak zu unterstützen (allerdings darf die Blockade keine Hungerblockade sein);
4. die sofortige Einstellung sämtlicher personeller, logistischer und finanzieller Unterstützung für den Truppenaufmarsch am Golf zu veranlassen; einen Einsatz von Bundeswehrsoldaten in der Krisenregion am Golf grundsätzlich auszuschließen;
5. jede Form von Rüstungsexport sofort und grundsätzlich zu untersagen.

III. Der Deutsche Bundestag wolle weiter beschließen:

Der Deutsche Bundestag entsendet eine Delegation, die von der irakischen Seite die Freilassung aller Geiseln fordert und Friedenslösungen sondiert.

Bonn, den 15. November 1990

Frau Birthler, Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**Begründung**

Krieg ist kein geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten. Soldaten und Kriegsgerät schaffen keinen Frieden.

Die internationale Entspannung durch die Überwindung des Ost-West-Konfliktes darf nicht durch eine neue Nord-Süd-Konfrontation gefährdet werden.

In Anerkennung der Tatsache, daß Rüstungsexporte beider deutscher Staaten wesentlich zur militärischen Stärke des Iraks beigetragen und diesen dadurch zur völkerrechtswidrigen Annexion Kuwaits befähigt haben, hat die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung für die friedliche Beilegung des Golf-Konfliktes. Diese setzt vor allem eine Politik der außenpolitischen Selbstbeschränkung, die Anerkennung eigener Schuld und die Wiedergutmachung gegenüber den darunter leidenden Völkern voraus.

Die Änderung einer bis heute betriebenen katastrophalen Politik, die nicht das gleichberechtigte und friedliche Miteinander der Völker zum Ziel hat, sondern in der wirtschaftliche Interessen Deutschlands im Vordergrund stehen, ist unbedingt notwendig.

Es gibt keine Alternative zum Frieden.